

## Bericht und Antrag des Ausschusses für soziale Verwaltung

betreffend den Entwurf eines Bundesgesetzes, womit die Geltungsdauer des Wohnungsanforderungsgesetzes 1949 verlängert wird.

Der Ausschuss für soziale Verwaltung, dem die Regierungsvorlage 221 der Beilagen, betreffend die Verlängerung der Geltungsdauer des Wohnungsanforderungsgesetzes, zugewiesen ist, hat in seiner Sitzung vom 22. November 1950

den Beschluß gefaßt, dem Hause die einstweilige Verlängerung der Wirksamkeit dieses Gesetzes bis 31. Jänner 1951 vorzuschlagen.

Es wird demnach dem Nationalrat der Antrag unterbreitet, dem angeschlossenen Gesetzsentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Wien, am 22. November 1950.

Kysela,  
Berichterstatuer.

Proksch,  
Obmann.

Bundesgesetz vom  
1950, womit die Geltungsdauer des Wohnungsanforderungsgesetzes 1949 verlängert wird.

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Im § 24 Abs. 1 des Wohnungsanforderungsgesetzes 1949, BGBl. Nr. 204/1949,

sind die Worte „31. Dezember 1950“ zu ersetzen durch „31. Jänner 1951“.

§ 2. Dieses Bundesgesetz tritt am 1. Jänner 1951 in Kraft.

§ 3. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Justiz betraut.